

Deutscher Reichstag.

66. Sitzung vom 8. März.

2 Uhr. Am Bundesrathssitz: Hollmann, Graf Posa-

denowitz u. A.

Eingegangen: Gesetzentwurf betr. die Verlängerung des Handelsprovisors mit Spanien.

Das Haus tritt in die zweite Beratung des Marine-

Stahls ein.

Staatssekretär vgl. Dr. Lieber referirt über die Kommissionsverhandlungen, die sich vorzugsweise mit dem fräunigen Unglück auf dem Panzerschiffe „Brandenburg“ beschäftigten. Der Staatssekretär habe erklärt, der Vorfall werde eingehend untersucht und vor Abschluss der Untersuchung sei es nicht angingig, ein abschließendes Urtheil über die Schuldfrage zu gewinnen. Inzwischen habe der Staatssekretär sich aber ausführlich über das Unglück geäußert. Von wesentlichem Interesse sei das Schlussergebnis der Auseinandersetzung gewesen nach der Richtung der Vortheile gegen eine Wiederholung solcher Vorkommnisse. Ferner habe sich zur Befriedigung der Kommission herausgestellt, daß zwischen Marineamt und Schatzamt volles Einverständnis herrsche bezüglich der Sürsorge für die Unterbrienen.

Bei dem Kapitel Marineamt und Oberkommando bemerkt

Abg. Singer (Soz.): Wollten wir hier im Reichstag den

Vorfall nicht erörtern, so würde das im Lande nicht

verstanden werden. Ursache des Unglücks soll nach der

Aussage des Staatssekretärs in der Kommission das

Fehlen einer Sicherheitsvorrichtung an einem Ventil sein,

welche auch auf der Zeichnung fehlte. Man hat

Sich nicht trüß, was zu unteruchen sein, ebenso daß die

Zeichnung ohne die Kontrolle des beaufichtigten Beamten

zu passieren in die Werkstatt gegeben und ausgeführt

wurde. Ich zweifle nicht, daß der „Vulkan“ ziviltrechtlich

verantwortlich zu machen ist für alle Folgen, welche entstanden

sind und ich hoffe, daß die Behörden mit aller Energie dafür einzutreten

werden, daß dem „Vulkan“ diese Verpflichtungen auferlegt

werden. Nun ist aber in der Kommission vom Staatssekretär mit-

getheilt worden, daß mit der „Brandenburg“ drei andere Schiffe

gleichzeitig auf dem „Vulkan“ gebaut wurden, daß nur ein be-

aufsichtiger Reichsbeamter vorhanden war, der nicht im

Stande gewesen sei, alle Kontrollen auszuführen. Das

hätte die Arbeitskraft eines Einzelnen überlegen. Das

ist richtig; aber man mußte fragen, wie es möglich war, daß

die Aufsicht eine so mangelhafte war. Die Kommission sagte

sich, daß das ganze System der Ueberwachung des Panzerschiff-

baus Schuld an der Katastrophe war; es gereicht mir zur

Genugthuung, daß auch von einer der Marineverwaltung heimlich

gesandten Seite die Frage aufgeworfen wurde, ob nicht statt einer

Bermehrung der Schiffe eine Vermehrung des Aufsichtspersonals

zu wünschen sei.

Es muß ausgesprochen werden, daß die Auffassung der Marine-

verwaltung, ein einzelner Mann genüge zur Beaufsichtigung

seiner Vulkan, nach jeder Richtung ungerichtet ist; denn für

die Verwaltung, welche die schwere Verantwortung für Mann-

schaften und Material trägt, hätte auch das fehlerhafteste Ver-

halten in die Solidität des Vulkan nicht ausreichen dürfen, die

Entsendung eines ausreichenden Aufsichtspersonals zu unter-

lassen, zumal die Garantie auf einem andern, vom Vulkan

gebauten Schiffe zur Vorfrist hätte mahnen sollen. Ein un-

abwehrbares Schicksal, wie es der Staatssekretär genannt hat, lag

hier keineswegs vor. Die Zeichnung und Fertigung jedes

einzelnen Theiles muß eben kontrollirt und geprüft werden.

Wenn es richtig ist, daß jede geprüfte Zeichnung den Stempel

des Marineamts bekommt, so ist es um so ungerichtet, wie

eine ungetempelte Zeichnung ausgeführt werden konnte. Wir

werden vor einem eingetragten Urtheil den Abschluß der Unter-

suchung abwarten müssen und möchte nur, daß der Staatssekretär

hier die Erklärung aus der Kommission wiederholt, daß, falls

dem Vulkan ein Verschulden trifft, die Regierung auch darauf

drängt, daß der „Vulkan“ ziviltrechtlich voll zur Unter-

suchung gezogen wird. Jedemfalls aber muß darauf gebrungen werden,

daß durch eine ausreichende Organisation der Aufsicht der

Wiederkehr solcher Vorkommnisse vorgebeugt werde. Dann

würde ich fragen, ob auf den anderen auf dem „Vulkan“ ge-

bauten Schiffe die von der „Brandenburg“ fehlenden Sicher-

heitsvorrichtungen getroffen sind. Die Verwaltung wird Alles

ausfinden müssen, ausfinden ob dies der Fall ist.

Abg. v. Maffow (Kons.): Wir sind überzeugt, daß erst

nach Ablauf der technischen und gerichtlichen Prüfung ein

abschließendes Urtheil sich bilden lassen. Wir werden diesen

Abschluß abwarten und uns nicht mehr an der weiteren Debatte

hierüber betheiligen.

Abg. v. Kardorff betont, daß unsere Flotte lediglich

dazu bestimmt ist, unsere Küsten zu verteidigen; davon aber

herunterzugehen, würden er und alle seine Freunde für eine

Stunde, wo das Unglück auf der „Brandenburg“ geschah, hat die Marineamt genügt, nur die ersten Erfahrungen mit dem Vulkan gemacht. Wir haben keine wesentliche Garantie gehabt. Und ich halte es für notwendig, hier offen auszusprechen, daß die Leistungen des „Vulkan“ bis dahin ausgezeichnet waren, denn ich will nicht, daß ein Makel auf dem „Vulkan“ sitzen bleibt. Wenn auch den „Vulkan“ eine Schuld im vorliegenden Falle trifft, so hat er doch bis dahin beste Arbeit geleistet und wird, auch fernher hin, er wird nicht verurtheilt, seine Schuld zu sühnen und Vorkehrungen zu treffen, um ähnliche Vorfälle zu vermeiden. Jedemfalls ist bei dem Unglück erwiesen, daß das Personal der „Brandenburg“ in vollem Maße seine Schuldbiligkeit gehabt hat und über alles Maß erhaben ist. Die „Epre“ ist ein Schnelldampfer des Norddeutschen Lloyd; kein Schiff der Marine. Es war das erste Schiff, das der Vulkan mit solcher Konstruktions gebaut hat. Das Unglück auf der „Brandenburg“ ist nicht auf fehlerhaftes Material und nicht auf lächerliche Arbeit zurückzuführen, sondern auf unabwendbares Unglück; das wird eine gewisse Beruhigung herbeiführen.

Abg. Dr. Vogens (Chr.): Wir müssen uns zunächst darauf beschränken, unsere Erbeldnahme an dem Unglück auszudrücken, und müssen das Ergebnis der Untersuchung abwarten. Dem „Vulkan“ wollen wir das Vertrauen der Marine nicht entziehen, sondern nur darauf dringen, daß eine schärfere Kontrolle Seitens der Marineverwaltung geübt wird.

Ich möchte die Anregung geben, ob nicht in kirchlicher Beziehung mehr von der Marineverwaltung gesprochen kann. In den Garnisonen der Landarmee hat jeder Mann wenigstens einmal im Monat Gelegenheit, die Kirche zu besuchen. In dieser Beziehung ist für die katholischen Soldaten bisher zu wenig getraut. Besonders zu wünschen ist, daß für die Erziehung der katholischen Schiffsjungen durch einen katholischen Pfarrer Sorge getragen wird.

Staatssekretär Hollmann: Ich kann dem Vorredner erklären, daß die Verwaltung allen feinen Wünschen bereitwillig entgegenkommt, wie das auch bisher schon der Fall gewesen ist. Die Verwaltung wendet der Befriedigung des religiösen Bedürfnisses der katholischen Mannschaften ihre volle Aufmerksamkeit zu. Für die wenigen katholischen Schiffsjungen — 65 auf zwei großen Schiffen — können wir nicht einen katholischen Pfarrer anstellen. Wir werden aber der Anregung des Vorredners folgen und alles thun, um ihnen während des Aufenthaltes im Hafen möglichst katholischen Unterricht ertheilen zu lassen. Die Mannschaften der Marine haben meines Wissens öfter als alle vier Wochen einmal Gelegenheit zum Kirchenbesuch am Sonntag. Wir werden aber auch Sorge tragen, daß auch auf den Schiffen, auf denen ein evangelischer Pfarrer ist, den Katholiken so oft als möglich Gelegenheit gegeben wird, Sonntags die Kirche zu besuchen.

Abg. Müller (Sagan) bemängelt das schnelle Urtheil des Reichs-Regenten über die Katastrophe auf der „Brandenburg“, welcher nach vor Abschluss der Untersuchung bereits erklärte, daß Unheil sei unabwendbar gewesen. Der Herr Mann wenigstens seine ungeschickte Redaktion die beunruhigende Bemerkung hinzuzufügen, als dienten die Probefahrten dazu, um die Leistungsfähigkeit der Maschinenwelt zu erproben. Dazu ist uns das Leben des letzten Schiffes zu lieb. Hauptsache bleibt aber für uns die Angabe des Staatssekretärs in der Kommission, daß es an beaufsichtigendem Personal gefehlt habe. Hinterher hat der Staatssekretär das zwar abgelehnt, aber nicht in einer befriedigenden Weise. Wenn wir uns auch ein abschließendes Urtheil über den Unfall auf der „Brandenburg“ noch vorbehalten, so müssen wir Sie doch bitten, so lange noch Schiffe im Bau sind, die Bewilligung neuer zu verweigern.

In seinem Schlussworte bemerkt Referent Abg. Dr. Lieber, daß er dem, was der Staatssekretär über die „Epre“ gesagt habe, doch nicht zustimmen könne.

Der Titel wird bewilligt, auch der Rest des Kapitels wird mit dem von der Kommission beantragten Abstrichen ohne Debatte bewilligt, ebenso die folgenden.

Abg. Richter (fr. Volksp.): Wir sind im Allgemeinen von der Sachheit eingezogenen, Anträge, die in der Budgetkommission eine Mehrheit nicht erhalten haben, nicht im Plenum mit einzubringen. Bei dem Marineamt müssen wir aber von diesem Grundsatz abweichen, weil wir der Kommission find, daß die Budgetkommission sich dem Marineamt gegenüber freigelegter gezeigt hat, als es sich und auch mit Rücksicht auf die finanzielle Unangut der Verhältnisse angebracht wäre. Deshalb nehme

wir hier den Antrag an, statt der von der Kommission im Ganzen beantragten Streichung von 500 000 Mark für die Indienststellung 1 500 000 Mark zu streichen. In diesem Jahre werden für die Indienststellung der Schiffe 2 370 000 Mark mehr gefordert als im Vorjahr, wo der Abstrich an der Forderung der Marineverwaltung 600 000 Mark betrug. Unser jetziger Vertrag hat also den Effekt, immer noch mehr zu bewilligen, als für das laufende Jahr zwar nicht bewilligt, aber von der Marineverwaltung gefordert wurde. Daß die Indienststellung der Schiffe für den kriegerischen Werth der Flotte von Bedeutung ist, gebe ich zu. Mit dieser Motivierung aber könnte man sich auch gegen den von der Kommission vorgeschlagenen Abstrich von im Ganzen 500 000 Mark erklären. Es läßt sich unserer Ansicht nach ohne jede Schädigung die Indienststellung beschränken. Zunächst könnte in den jüdisch-amerikanischen Gewässern das Panzergehwader eher wohl von 4 auf 3 Schiffe vermindert werden. In Ostafrika könnte statt zweier Kreuzer ein solcher genügen, da die Souveränität des Sultans von Zanzibar als Grund für die Anwesenheit zweier Kreuzer fortgefallen ist. Der Panzerlotse wird jedoch zum ersten Male 2 Kreuzer durch Indienststellung für das ganze Jahr beigegeben werden. Ich sehe nicht ein, warum das schon in diesem Jahre erfolgen soll. Endlich ist es durchaus nicht notwendig, die kaiserliche Yacht „Hohenoller“ das ganze Jahr hindurch in Dienst zu stellen. Beschränkt man ihre Indienststellung auf 4 Monate, so würden 240 000 Mark allein dadurch gespart werden. Wir beantragen also, für die Indienststellung der Schiffe dreimal so viel zu streichen, als nach dem Antrag der Kommission.

Abg. Dr. Baumbach (Chr.): Ich hätte gar nichts dagegen einzuwenden gehabt, wenn es der Kommission gelungen wäre, statt 500 000 Mark am Indiensthaltungslan 1 1/2 Millionen zu streichen. Inzwischen kann auch das doch nicht dazu bringen,

wesentliche Interessen zu schädigen. Der Dienst der Flotte im Gebiete des ausländischen Meeres auf fremden Stationen ist der Dienst, der direkten Nutzen bringt. Eine Einschränkung hier kann sehr großen Schaden bringen. Dasselbe gilt von der Ausübung der Mannschaften. Ich möchte daher bitten, es bei dem Beschlusse der Kommission zu belassen und den Antrag Richter abzulehnen.

Abg. Richter erwidert, daß auch sein Antrag noch mehr Mittel für Indienststellungen bewillige, als im laufenden Jahre für diesen Zweck gefordert sind.

Staatssekretär Hollmann bittet, auch den Wunsch der Kommission nicht gutzuheißen; denn das würde die Marineverwaltung in große Verlegenheit bringen. Wir sehen hier gänzlich auf dem Boden der Denkschrift von 1892. Es handelt sich auch um die Indienststellung einer Reservedivision, wodurch wertvolle Erfahrungen gemacht werden sollen. Auch an der Ausübung und an dem auswärtigen Dienst kann ohne Schaden nicht gut gepart werden.

Das Haus lehnt den Antrag Richter ab und beschließt entsprechend dem Kommissionsantrage. Beim Kap. 60 „Zustandhaltung der Flotte und der Werftanlagen“ bringt

Abg. Dr. Krufe (nl., im Einzelnen auf der Tribüne sehr wenig verständlich) die schlechte Lage der Werftloste, Werftmeister, Konstruktionszeichner und anderer Beamten zur Sprache und wünscht für dieselben die Einführung von Dienstalterszulagen und das Vordringen in höhere Stellen. Ebenso tritt Redner für Aufbesserung der Werft- und Verwaltungsstellen und Zahlmeister ein.

Staatssekretär Hollmann erwidert, daß die Zahlmeister erst kürzlich aufgehört und ihre Zahl bedeutend vermehrt sei. Sie bezögen ein höheres Gehalt, wie manche gleichwertige Beamtenklasse. Auch die Beamten der Werftverwaltung und Konstruktionszeichner händen nicht so schlecht, sie erzielten das Durchschnittsgehalt in ziemlich frühen Jahren. Eine bestimmte Zulage auf Aufbesserung dieser Beamten könne er nicht machen, er werde aber thun, was er könne, auch bezüglich des Wunsches auf Einführung von Dienstalterszulagen.

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel: Waffenswesen, Titel: Zum Betriebe der Torpedoverwaltung, bemerkt

Abg. Legien (Soz.), daß die Mitglieder der Arbeiteransichten in dieser Werkstatt aus diesen Umständen austreten müßten, wenn sie sich nicht Nachhilfe zuziehen wollten. Auch sei die Einrichtung der Zwangsparaffinen nicht zu billigen, da die Arbeiter doch keine kleinen Kinder seien. Ferner seien ihm über die dort eingebrachte Volksliste Klagen gegangen. Er würde, daß der Staatssekretär den dortigen Direktor anweist, sich so zu benehmen, wie es einem Beamten zutomme, der sein Gehalt von den Steuerzahlern bekomme.

Staatssekretär Hollmann erwidert, daß er den Einbruch

genommen hat, daß alle Arbeiter in der Torpedoverwaltung zufrieden seien, und das habe man dem dortigen Direktor zu verdanken. Von einer willkürlichen Behandlung könne gar keine Rede sein. Die zu Gunsten der Arbeiter getroffenen Einrichtungen hätten sich bewährt.

Das Kapitel wird bewilligt, ebenso der Rest des

Ordnariums beantragt. Im Extraordinarium beantragt Abg. Richter namentliche Abstimmung über die in des Titeln 10 und 11 geforderten ersten Raten für die Panzerschiffe „Ersch Preußen“ und „Ersch Leipzig“. Das Haus beschließt, die beiden Titel sei, beantragt Abg. Schmidt-Überfeld sowohl die beiden Titel wie die Titel 12 (Erste Raten zum Bau des Aviso „Ersch Falke“), 18 (Erste Rate für die artilleristische Ausrüstung des Aviso „Ersch Falke“) und 24 (Erste Rate zur Torpedoausrüstung des Aviso „Ersch Falke“) von der Tagesordnung abzulehnen.

Das Haus stimmt dem zu. Der Rest des Marineetat wird sodann ebenfalls nach den Beschlüssen der Budgetkommission, mit den dadurch bedingten Änderungen, angenommen.

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. Reichseisenbahn-Etat, Etat des Reichsfinanzamts, des Reichstags, die heute abgeleitete Theile des Marine-Etats, 2. Beratung des Gesetzes betr. Aufhebung des Identitätsnachweises. Schluß 5 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

31. Sitzung vom 8. März.

11 Uhr. Am Ministerische: Dr. Bosse u. A.

Die zweite Beratung des Kultusetats wird bei

Kapitel 119 Titel 2, Universität Berlin, fortgesetzt.

Abg. Szmalz wünscht größere Geldmittel für das zoologische Museum, sowie eine bessere Ordnung der Sammlungen, etwa nach dem Muster Wiens. Die afrikanische Sammlung, die sehr schöne Exemplare aufweise, habe man dem Publikum noch gar nicht gezeigt.

Minister Dr. Bosse dankt dem Vorredner für seine Anregungen; bei einer allgemeinen Erwägung über diese Dinge werde er als Beirath herangezogen werden.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel 4, Universität Breslau, bemerkt

Abg. Dr. Graf, daß der Antrag Dr. Friedberg mit seinen Erörterungen über die Doktorpromotionen unabweislich einen vorderen Punkt berührt habe. Vor Allem sei zu wünschen, daß der medizinische Doktor erst nach Ablegung des Staatsexamens gemacht werden dürfe. Das werde viele Uebelstände beseitigen. Für Breslau wünscht Redner eine größere Konzentration der medizinischen und klinischen Institute an der Universität Breslau.

Geh. Rath Althoff: Was die Frage des medizinischen Direktors anlangt, so hat der Minister die Sache bereits in die Hand genommen, um sie im Sinne des Vorredners zu ordnen. Auch die Konzentration der klinischen und medizinischen Institute in Breslau sei als ein Bedürfnis längst anerkannt, doch hänge die Ausführung von der allgemeinen Finanzlage ab.

Abg. Dr. Friedberg (nl.) bemerkt, schon die Auswah des Terrains im Magyaren zu Breslau war eine nicht sehr zweckmäßige und bedauert das mangelnde Entgegenkommen des Stadt Breslau. Bei einer Verlegung der Anatomie nach den Magyaren möge man mit der Stadt Breslau wegen einer Verlegung zur Regulierung des Terrains in Verhandlungen treten



Der Titel wird bewilligt.
Bei Titel 7 Universität Göttingen giebt es eine An-
regung des Abg. Dr. Celsus
Minister Dr. Hoffe zu, daß der Junge der Studenten
nach den großen Studien-Behufen erregen müsse. Mechanisch
lasse sich jedoch die Sache nicht zueilen. Wir werden bemüht
sein, die kleineren Universitäten zu unterstützen und zu
wachen und in diesem Bestreben werden wir fortfahren.

Der Titel wird bewilligt.
Abg. Graf v. Sodenbroch (Bonn) um die Affaire Kampfhauen

zürück. Bei dem letzten Geburtstage des Königs sollte auch ein
Loos auf den Fürsten Bismarck ausgedacht werden. Die
katholischen Studenten-Korporationen glaubten nicht in der Lage
zu sein, dem zuzustimmen. (Hört! Hört! links.) Ich bin der
Anicht, daß sie dabei von einem richtigen Gefühl geleitet
wären. (Widerpruch links.) Die Professoren wollten nur
einen Kommerz für sich abhalten und begaben sich zum
Rektor Kampfhauen, um dessen Genehmigung dazu zu
erhalten. Sie erhielten die Erlaubnis, es kam dabei aber zu
Erörterungen, die schärfste Beunruhigung hervorgerufen mußten.
Der Rektor fragte: Sie präzisieren durch Ihre Erlaubnis, Sie hören
durch Ihre Erlaubnis den konfessionellen Frieden und sind darum
nicht erstensberechtigt! Das allein ist es, was mich
veranlaßt hat, die Sache zur Sprache zu bringen. Alles
andere, was in den Zeitungen gestanden hat, betrifft nur
nebensächliche Dinge. Die studentischen Vereine sind der
Anerkennung des Geistes der studentischen Freiheit und Unab-
hängigkeit. Im vorliegenden Falle begehen wir nun dem
Wahnsinn, diese Freiheit zu beschränken, der doch ein großes Maß
von Unkenntnis des studentischen Lebens beweist. Wohin soll
das führen? Die Rektoren wechseln doch alle Jahre. Was den
Vorfall für uns so bedeutend macht, ist, daß das Vorgehen
des Rektors formell wie lässlich so unbedeutend wie möglich
und so überaus verlegend war. Der Rektor hat nicht
den Versuch gemacht zu fragen, wodurch die katholischen
Studenten-Korporationen den konfessionellen Frieden stören.
Das konnte er auch nicht, denn es ist ihm nicht möglich
Material. Was die katholischen Korporationen erstensberechtigt
hat, liegt in den Gesetzen, die in dem studentischen Leben
überhaupt liegen; der christliche Glaube ist an den Universitäten
erst gegründet, nicht zum Mindesten auch vom Kaiser
herab. Das ist ein für das öffentliche Volk sehr wich-
tiger Gesichtspunkt zur Beurteilung der ganzen Frage.
Daher ist es für die Eltern sehr beruhigend, daß sie
wissen, es gibt Korporationen, in denen christlicher Glaube,
katholischer Geist noch hochgehalten wird. Ist bis jetzt anderen
Korporationen derselbe Vorwurf gemacht, wie den katholischen
von Herrn Rektor Kampfhauen in Bonn? Warum erhebt er
gegenüber dem Bismarck nicht denselben Vorwurf? Was mag der
Bismarck-Bund sich nicht gründlich konfessionell. Das mag
sein, aber schließendlich ist er es doch. Der Vorgang hat zu der
Belagerung geführt, daß wieder allgemeine Wut gegen die
katholischen Korporationen erregt werden sollen. Beim Vergleich
sagte Professor Oestrich den Katholiken, sie müßten sich doch aus
dem Lande Drensen entfernen. Das ist derselbe Glaube gewesen,
der noch jetzt in Bonn gesprochen wurde. Es ist notwendig,
das hier zur Sprache zu bringen, weil ich hoffe, daß die Be-
regung in der Lage sein wird, die entworfenen Beschlüsse zu
gestrichen und den katholischen Korporationen dieselbe Be-
handlung wie allen übrigen zuzugewähren.

Abg. Degen (nl.): Ich kam im Gespräch mit dem Vordere-
der Worte des Rektors Kampfhauen nur vollkommen klüglichen
(Beifall), es waren gesunde Worte; die Worte hätten nur schon
früher gesprochen werden sollen. Zu bedenken ist es vielleicht,
daß ein Professor der evangelischen Theologie die Ansprache
hielt. Mehr Einsicht hätte es vielleicht gemacht, wenn ein
Professor der Jurisprudenz oder der Medizin es getan hätte.
Ich nehme dabei an, daß die Worte nicht bloß gegen die
Katholiken, sondern auch gegen die evangelischen, überhaupt
gegen alle konfessionellen Korporationen gerichtet waren (Beifall
links), die konfessionellen Streitigkeiten gehören nicht auf die
Universitäten und spielen früher auch keine Rolle. Man fragte
mir danach, ob einer ein tüchtiger Mann, nicht aber, ob er
Katholik oder Protestant war. Es giebt doch nichts Bächer-
licheres, als wenn die Herren, die gegen das Quell — man
mag darüber denken wie man will — in schlechter
Weise hergehen, bei jeder unpassenden Gelegenheit
mit dem Schläger in der Hand paratieren (Wider-
spruch im Centrum, Beifall links). Vielleicht empfiehlt Dr.
Bachem demnach noch die Gründung konfessioneller Ver-
einer. Die Leute, die einen Loos auf den Fürsten Bismarck
nicht mitmachen wollen, werden einmal höhere höheren Ver-
waltungsbeamten; das wird eine schöne Parität werden. Und
dieses Prinzipien von einem solchen Geist nennt der Graf Soden-
broch „Reinlichkeit“. Ich bleibe dabei, daß die Worte des
Rektors Kampfhauen durchaus berechtigt und angebracht waren.
(Beifall links, Zischen im Centrum.)

Abg. Porich (Str.): Es ist ja sehr paritätisch, daß der
Vordere die Bemerkung des Rektors auf alle konfessionellen
Verbindungen angedacht wissen wollte. Was den Loos auf
den Fürsten Bismarck anlangt, so sei gerade dieser Loos auf
Bismarck am besten Jahre lang benutzt worden, um gegen die
Katholiken zu gehen. Auch die Bekämpfung sind dazu mißbraucht
worden, um die Wünsche der Katholiken mit Füßen zu
treten. (Lebhaftes Unruhe.) Dann sei es eine Unrichtigkeit der
katholischen Studenten gewesen, den Loos auf Bismarck nicht
mitzumachen zu wollen, da gar leicht bei diesem Loos Dinge
gesagt werden konnten, die einen Katholiken verlegen mußten.
Es giebt ja auch Leute, die die ganze katholische Kirche für
nicht erstensberechtigt halten. Eine solche Meinung zu hegen,
kann man Niemandem verwehren, aber wir haben das Recht,
zu behaupten, daß ein großer Theil der Staatsbürger die
katholische Kirche und auch die katholischen Korporationen
nicht nur für erstensberechtigt, sondern auch für notwendig
hält. Von konfessionellen Streitigkeiten kann bei solchen kon-
fessionellen Korporationen gar keine Rede sein. Sie treten nach
außen nicht konfessionell hervor und sie stören nur innerlich
der Korporation ihren Glanz und kümmern sich um andere
nicht. Ich kann aus Erfahrung sprechen, da ich selbst einer
katholischen Korporation angehört habe. Wenn Abg. Degen sich
darüber lustig macht, daß die katholischen Korporationsstudenten
bei feierlichen Gelegenheiten den Degen tragen, so frage ich ihn:
warum trägt er denn bei feierlichen Gelegenheiten als Land-
gerichtsath bei feierlichen Gelegenheiten einen Degen. (Große
Heiterkeit.) Die Worte des Rektors Kampfhauen waren eine
Beleidigung der katholischen Studenten und der Katholiken
überhaupt.

Abg. Popelins (nl.): Ich glaube, daß die ganze Ange-
legenheit eine solche lange Cirkulation nicht verdient. Ich bin
der Meinung, daß die Studenten sich der Schwärze des
Wahnsinn, und daß auch solche Korporationen, die die Sach-

wissenschaft pflegen, berechtigt sind, aber man sollte jedenfalls
bei der Aufnahme in irgend eine Studenten-Korporation nicht
nach der Religion fragen. Die konfessionellen Studentenverbin-
dungen haben keine Berechtigung.
Abg. Raddehl (Str.) macht darauf aufmerksam, daß gerade
die katholischen Studentenverbindungen am schwierigsten seien. Er
habe als Student in den Rektoren verweilt wenig Körper-
mühen gemacht, desto mehr Mühen aber von katholischen
Studentenvereinen und Burschenschaften. Wenn ein Korporations-
gefeiert werden soll, so dürfe kein anderer neben ihm gefeiert
werden, und darum sei ein Bismarckloos nicht angebracht
gewesen. Die katholischen Studenten seien mindestens so pa-
triotisch, wie die anderen und 1870 seien von den katholischen
Studenten-Korporationen ebenso viele ins Feld gezogen, wie von
den anderen Korporationen. Wegen das Quell seien die katho-
lischen Studenten nicht aus Ruick, sondern weil Kirche und
Staat dasselbe verbieten und weil es eine Nothwendigkeit ist. (Un-
ruhe.)

Abg. v. Gynern (nl.): Das Centrum dankt augenblicklich
alle Kleinigkeiten zu Staatsaktionen auf. Diese Frage ist doch
ganz unbedeutend. Die Privatführung eines Professors ist
doch kein weltverwundendes Ereignis. Das ist noch die Meinung
des Rektors nicht richtig zu verbergen. Es ist klar, daß der
Rektor in eine gewisse Erwartung gefaßt wurde, als die
katholischen Studenten an dem Bismarckloos nicht teilnehmen
wollten, weil ein Loos auf Bismarck ausgedacht werden sollte,
obwohl Bismarck den höchsten päpstlichen Orden hat. (Heiter-
keit.) Die Meinung des Rektors ist auch anfänglich gar nicht
süßel von den Studenten angenommen worden und erst nachher
ist die Sache so aufgefaßt. Der katholische Studentenverein
hat damals nach der Meinung des Rektors einen eigenen
Kommerz gefeiert und dazu den Rektor eingeladen, der denn
auch als Gast erschienen ist. (Hört! Hört!)

Minister Dr. Hoffe: Ich habe zu der Frage schon längst
Erlaubnis gegeben. Die Darstellung des katholischen durch
den Abg. Graf Sodenbroch ist vollkommen richtig (Hört! Hört!
im Centrum) bis zu dem Augenblick der Meinung des
Rektors. (Stürmische Heiterkeit.) Der Rektor hat gesagt, er
wisse nicht, worauf die Vereine ihre Berechtigung
stützen, als Vertreter der katholischen Studenten-
schaft aufzutreten, da doch auch unter den anderen
Studenten eine Menge Katholiken seien; gegen katholisch theo-
logische Vereine habe er nichts einzumachen, aber ein Vorbild,
daß katholische Studenten aller Fakultäten zur Vertretung reli-
giöser Interessen sich zusammenzuschließen, gäbe es auf evangelischer
Seite nicht. Er sagte das ganz freundlich und das
Wort wurde auch gar nicht über aufgenommen, bis die Zeitungen
die Sache aufkündigten und sogar eine derartige Meinung des
Rektors forscherte. Die Sache wurde auch in ganzen Meinungen
gar nicht tief empfunden, was schon daraus hervorgeht, daß auf
dem Kölner Kommerz das gefällige Wort ganz und gar war:
Sind Sie erstensberechtigt? Eine Abwertung des legalen Rechts
zu bestehen, habe in dem Worte des Rektors nicht gelegen, und
bei solcher Gelegenheit, wo Professoren und Studenten mit einander
verhandeln, werden keine diplomatisch abgemessenen Worte ge-
braucht. Kennt sich doch der Professor selbst Kommittee der
Studenten. Allerdings muß auch ich sagen, daß der Rektor
besteht gethan hätte, wenn er sich bei dieser Gelegenheit auf die
Ertheilung der Erlaubnis beschränkt hätte. (Beifall im Centrum.)
Aber auch die Studenten haben sich mindestens mit großem Frei-
muth benommen, sie erklärten später, daß es ihnen ganz gleichgültig
sei, ob man ihre Erstensberechtigung auszuweisen, wenn sie sich
nur selbst für erstensberechtigt hielten, und das thäten sie es
das genügt. Ich glaube, man kann zwischen diesen beiden
Veränderungen des Rektors und der Studenten eine Kompensa-
tion eintreten lassen. Ich kann nur bemerken, daß ich be-
wußt bin, stets für den konfessionellen Frieden einzutreten und
Niemand zu verletzen.

Abg. Friedberg (nl.) bemerkt, daß Graf Sodenbroch aus
der früheren Rede des Professors Oestrich eine ganz hübsche
Schlußfolgerung gezogen habe, wenn er behauptet hat, daß Herr
Oestrich den Katholiken den Rath gegeben habe, Deutschland zu
verlassen. Er könne dem Herrn nur rathen: Anton, heb den
Degen ein (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. Porich (Str.) bemerkt, daß man in Bonn keines-
falls den Fürsten Bismarck als Inhaber des Christenordens
gefeiert haben würde. So sehr sie die Verdienste Bismarcks
als Gründer des Deutschen Reichs anerkennen, so zeigt die Bis-
marck-Jubiläum Politik auch manche dunkle Seiten, und das seien
vor allem die, aus die Kulturkampf verzeichnet sei.
Aus diesem Grunde könnte der Student an solchen Kommerz
nicht teilnehmen. Das sei kein Mangel an Patriotismus
und einen Mangel an Patriotismus anzusehen, man den Katholiken
keinesfalls vorwerfen. Uebrigens sei es gar nicht richtig, daß
der Rektor auf dem Kommerz der katholischen Studenten er-
schienen sei. Er sei allerdings eingeladen worden, weil die
katholischen Studenten erwarteten, daß er vielleicht eine kurze
Zeit erscheinen und seine frühere Meinung zurücknehmen
würde. Dann wäre die ganze Sache erledigt gewesen.

Abg. Dr. Celsus (nl.): Der Laik bei den Herren von
der katholischen Studenten-Korporation scheint doch nicht sehr
angebildet zu sein, wenn sie sich sogar in der Eingabe an den
Rektor des studentischen Jargons bedienen und schreiben:
Ew. Magnificenz und Ansehen ist uns ziemlich gleichgültig. Die
Eingabe wird ja aber wahrscheinlich von dem Bonner Altkorpo-
ratist verfaßt sein. (Widerpruch im Centrum.)

Abg. Dazenberg (Str.) führt aus, daß das Auftreten
des Ministers heute ihm sehr gefallen habe und er durch dasselbe
beruhigt sei. Man könne jetzt die Sache als erledigt ansehen
und zur Tagesordnung übergehen, ihre Früchte werde die Debatte
doch tragen.

Abg. Dr. Porich (Str.) stellt fest, daß die Meinung der
Studenten, die Ansicht des Rektors sei ihnen gleichgültig, sofort
mündlich nach den Meinungen des Rektors Aug in Aug ge-
fallen sei. Seine Partei beäugte solche Angelegenheiten hier
nicht vor um Kulturkampf zu treiben, sondern um eine Ab-
stellung von Mißständen herbeizuführen, und dadurch gerade dem
Frieden zu dienen.

Abg. Brandenburg (Str.) bemerkt, die Herren sollten
bankbar dafür sein, daß das Centrum eine Beschwörung des Kom-
missars, welche erst alle Beschwerden prüfen, ehe sie an das Con-
sulten, und nur dem Frieden diene.

Darauf wird der Titel: Universität Bonn bewilligt.
Es scheint mir die besten mittelbare Anstellung, die Regie-
rung möge erzwungen, ob nicht zu einer Anstellung von Uni-
versitätsrektoren im Hauptamt abgesehen werden könne, an-
genommener.

Dem Titel Stipendienfonds für Studierende deutscher Her-
kunft zum Zweck späterer Verwendung derselben in Posen und
Dresden beiragt

Abg. v. Jagzewski zu streichen und begründet zu
seinem Antrag.

Der Titel wird jedoch ohne weitere Debatte angenommen.
Es folgt das Kapitel 120: Höhere Lehranstalten.
Abg. Wetekamp (Str.): Als 1892 der Normalakt ein-
geführt wurde, herrschte unter den Lehrern große Befriedigung,
daß endlich einmal der erste Schritt zu einer angenehmen
Veränderung gemacht wurde. Die Befriedigung blieb auch bei
den Schülern, trotz der Erhöhung des Schulgeldes und des dadurch
auf Lehrer fallenden Odiams. Aber der Erlaß vom 30. Juli
1892 hat dann wieder eine Mißthimmung unter den Lehrern
erregt, da dadurch eine Erhöhung der Zahl der Pflichtstunden
herbeigeführt wurde in der Art, daß die frühere Normalzahl
nie die Normalzahl wurde. Die Lehrer sind dadurch sehr
überbürdet und darunter haben schließendlich die Schüler zu leiden.
Die Gesundheit der Lehrer leidet ebenfalls darunter und eine
vorgelegte Pensionierung ist die Folge davon, so daß der Staat
einen petuären Nachtheil davon hat. Nicht nur die staat-
lichen, auch die städtischen Anstalten führen diese Pflichtstunden
ein. Das hat jetzt schon zu großen Mißständen geführt. Es
kommt jetzt noch vor, daß Lehrer außer der Stundenzahl von
24 noch Vorkunden geben müssen, da jetzt in Folge der
Überbürdung manche Lehrer erkranken und verretten werden
müssen. Ich bitte den Minister, diesen Erlaß rückgängig zu
machen und auch die Frage der Normalzahl zurück zu legen.
Dann ist es auch Pommern mitgetheilt worden, daß dort von
107 Oberlehrern nur 51 die Funktionenzulage bekommen,
obwohl 107 die nach dem Normalact bekommen sollten. Nun möchte
ich noch ein Wort über die neuen Lehrpläne sprechen. Dieselben
wollen ja hauptsächlich erziehlisch wirken, aber jetzt findet ein
häufiger Wechsel der Klassenlehrer statt, während doch gerade
ein Lehrer möglichst lange dieselben Schüler unterrichten soll,
wenn er erziehlisch wirken soll. Darum müssen die Lehrer mit
der Klasse aufrücken. Wenn Abg. Krapatsch vor einigen Tagen
meinte, daß man über die Schulförderung nicht mehr sprechen
sollte, so halte ich das für unrichtig. Jeder gebildete Mensch,
nicht nur der Lehrer, hat das Recht, über diese Frage sich zu
äußern. Was die jetzige Jurisdiktion der alten Sprachen
anlangt und die Erziehung eines gemeinsamen Unterbaus für
Gymnasien und Realgymnasien, so finde ich keine Erörterungen
auf diesem Gebiete gemacht, ich bitte aber den Minister, an
einer Reihe von Staatsgymnasien den Versuch mit einem
lateinischen Unterbau zu machen, wie dies jetzt schon die Stadt
Frankfurt gethan hat, damit man Erfahrungen sammeln.

Schulrath Stauder: Was die Pflichtstundenzahl
anlangt, so ist durch den neuesten Erlaß des Mini-
steriums keine Erhöhung der Interessen der Lehrer
herbeigeführt. Im Gegentheil früher war die Pflichtstundenzahl
für Oberlehrer 22 Stunden und es kam dabei ein Drittel der
Lehrer in Betracht, jetzt haben die Oberlehrer eine Zulage von
900 Mark und es sind die Hälfte der wissenschaftlichen Lehrer
Oberlehrer. Die anderen Lehrer hatten früher und haben jetzt
mehr Pflichtstunden, da aber jetzt weniger andere Lehrer vor-
handen sind, da es mehr Oberlehrer giebt, so sind die Lehrer
gegen früher entlastet. Wir nehmen auch in Bezug auf die
Leistungen alle möglichen Rücksichten, und eine Vertretung ist
nie auf längere Zeit notwendig, da dann sofort eine neue Rekru-
tation hingeführt wird. Was die neuen Unterrichtspläne
anlangt, so mußten wir aus dem vielen Wissenswerthe das aus-
suchen, was am meisten erziehlisch wirken kann. Wir konnten
nicht systematisch vorgehen und an Stelle der Fachlehrer haupt-
sächlich in den unteren Klassen Klassenlehrer setzen. Das An-
sehen der Lehrer mit den Klassen ist jedenfalls aus grano-
salis zu verstehen, denn es kann dann ja vorkommen, daß ein
Kind, das einmal einen schlechten Ordinarius hat, denselben
auch Jahre lang behält. Ein allgemeines Experiment mit dem
gemeinsamen Unterbau zu machen, dazu ist die Sache doch zu
wichtig, da es sich dabei um sehr hohe Interessen handelt. Ein
Versuchungskommissar ist in Frankfurt gewesen und hat die Ein-
richtung dort angeschlossen; die Sache ist dort erst bis Quinta
gediehen und da haben die Schüler allerdings im Französischen
eine ganz bedeutende Fertigkeit erreicht. Aber das ist noch nicht
beweissträftig, man muß her Allen abwarten, wie sich die
Sache in Untertertia ausläßt, wo das Lateinische hingetrifft und
man wird abwarten müssen. Wir haben den Städten Breslau,
Magdeburg und Hannover Anregung zur Erziehung eines
gemeinsamen Unterbaus gegeben, da man ja jedenfalls auf
dem einen Bein eines Berufs in Frankfurt stehen bleiben kann.

Schulrath Hoffe: Wenn in der Provinz Pommern von
107 Oberlehrern noch nicht die Hälfte Zulage hat, so kommt
das daher, daß dieselben noch ziemlich jung sind, da sich diese
Zulagen nicht innerhalb dieser Provinz, sondern der ganzen
Monarchie vertheilen.

Abg. Krapatsch (Str.) hält eine Debatte über pädagogisch-
technische Fragen für sehr zwecklos und bemerkt, daß das ganze
Klagen der Lehrer schon seit Jahrzehnten in Zeitungen
und Reden doch zum Stande der Lehrer nicht recht
passe. Das Klagen werde allmählich zu viel und die
Form der Klage werde oft so, daß man es nur bedauern
könne. Er würde es viel schöner, wenn nicht so viel in der
Deffentlichkeit und hier von den Lehrern getagt würde. Die
Klagen der Lehrer ließen im Großen und Ganzen auf kleinere
Inkonvenienzen hinaus, die die Durchführung des Normalactes
mit sich gebracht habe. Die Frage der Hilfslehrer und der
Pflichtstunden der Lehrer seien die einzigen Hauptfragen. Er
würde, das Ueberangebot von Lehrern werde noch fortbauern,
und es sei am besten, wenn die Direktoren beim Abiturien-
examen den Abiturienten reinen Wein über die Philologen-
laufbahn einjuchten würden. Die Pflichtstunden hätten es
auch verursacht, daß weniger Lehrer notwendig würden, und
die Klagen darüber seien nicht unbedeutend, das Hilfslehrerthum
sei ein großer Mißstand.

Schulrath Stauder: An diesem Mißstand können wir
nichts ändern, da wir nun einmal den großen Zubrang an
Lehrern haben. Wir haben am 1. April 1893 gehabt 1422 Hilfs-
lehrer, von denen 396 voll beschäftigt und 55 in Vertretungen
waren, so daß also noch 1041 ohne jede Remuneration waren, und
diese reichten den Anciennitätsverhältnissen nach bis ins
Jahre 1886, einzelne noch weiter zurück. Die Regierung hat
aber eine Menge neuer Stellen gegründet, in jedem
Jahre etwa 75 und im letzten Jahre sogar 107, aber das ist
alles nur ein Tropfen auf einen heißen Stein, doch ultra posse
nemo obligatur. Ein Mangel an Lehrern wird vorausichtlich
so bald nicht eintreten, auch nicht für das Fach der neuen
Sprachen, auf dem am meisten ein Mangel zu befürchten sein
wird. Der Minister giebt sich Mühe, das Hilfslehrerthum
unmöglich zu beseitigen und er wird auch im nächsten Jahre mit
einer Forderung kommen, welche es ermöglicht, für ältere Schul-
amtskandidaten neue Stellen zu schaffen.

(Fortsetzung in der Abendausgabe.)